

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/171

6. September 1973

Bundesregierung schützt die Verbraucher

---

Die Staatssekretäre einigen sich auf ein  
Programm

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB  
Sprecherin der verbraucherpolitischen Arbeits-  
gruppe der SPD-Fraktion im Bundestag

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Chancengleichheit für Leistungssportler

---

Nachteile im Berufsweg müssen vermieden  
werden

Von Dr. Willfried Penner MdB  
Mitglied im Sportausschuß des Deutschen  
Bundestages

Seite 3 und 4 / 72 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Bundesregierung schützt die Verbraucher

Die Staatssekretäre einigen sich auf ein Programm

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB  
Sprecherin der verbraucherpolitischen  
Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion im Bundestag

Der Verbraucherbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1971 wird in diesen Tagen abgelöst durch ein verbraucherpolitisches Programm für die nächsten Jahre, das im Laufe der vergangenen Wochen auf Staatssekretärsebene ausgehandelt wurde. Bindende finanzielle Vereinbarungen stehen noch aus, aber auch die worthaft wohl lautenden Absichtserklärungen hört man gern. So soll im Laufe der nächsten fünf Jahre das für Verbraucherschutz und Verbraucherinformation ausgegebene Geld allmählich auf den doppelten Betrag angehoben werden. Dieses Mehr an Finanzen soll auch nicht in Gießkannenmanier auf einzelne größere und kleinere Verbände und Organisationen herabrinnen, die die Sorge um den Verbraucher auf ihr Panier geschrieben haben, denn die Bundesregierung will mit der Mittelvergabe zugleich eine Konzentration ihrer verbraucherpolitischen Bemühungen erreichen. Das ist begrüßenswert.

So ist zu hoffen, daß die vermehrten Mittel zu Preisvergleichen und Preiskontrollen eingesetzt werden, wie sie die Bonner Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AGV) durch das Kölner Institut für angewandte Verbraucherschutzforschung durchführt und wie sie die Verbraucherzentralen der Länder durch den Einsatz von "Politessen für die Preiskontrollen" anstreben. Auch die Stiftung Warentest benötigt mehr Geld, weil sie Preiskontrollen im Dienstleistungsgewerbe - also bei Banken, Versicherungen, Reisen, Energieversorgung und Verwaltungen - in ihr Programm aufnehmen möchte.

Ein wichtiger Akzent künftiger Verbraucherpolitik muß auf dem Rechtsschutz liegen. Es ist schon ein unbestreitbarer Fortschritt,

daß der Verbraucherschutzverein nun über einen Juristen verfügt. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Um wirklich Musterprozesse in Sachen Täuschung, Betrug und unlauterer Werbung führen zu können, braucht der Verbraucherschutzverein mehr Planstellen und mehr Mittel.

Geld muß schließlich gezielt eingesetzt werden im pädagogischen Bereich. Die AGV braucht für ihre Arbeit Pädagogen, die die gewonnenen Erkenntnisse in Seminaren und Schulungsveranstaltungen umsetzen können. Große Hoffnungen werden auch auf die Verbraucherakademie gesetzt, die als Stiftung in Berlin errichtet werden sollte, um Fachleute für Verbraucherfragen, Berater und kundige Lehrer heranzubilden.

Neben diesen gezielten finanziellen Vorhaben setzt das verbraucherpolitische Programm der Bundesregierung klare Prioritäten bei der Gesetzgebung. Es ist davon auszugehen, daß noch in diesem Jahr das Abzahlungsgesetz verabschiedet wird; die sogenannte "große Lösung" hat hier Vorrang. Im Frühjahr nächsten Jahres soll die Gesamtreform des Lebensmittelrechtes verabschiedungsreif sein. Bis Anfang 1975 soll der Gesetzentwurf zur Reform der allgemeinen Geschäftsbedingungen vorliegen. Kleinere, aber nicht weniger wichtigere Reformen betreffen die Arznei- und Futtermittel, die Preisgestaltung der Arzneimittel, das Giftgesetz. Angesichts der jüngsten Feststellungen der Stiftung Warentest zur Gefährlichkeit vieler Haushalts-, Heimwerker- und ähnlicher Maschinen gewinnt auch eine Reform des Maschinen-Schutzgesetzes Bedeutung, auf die beim Arbeitsminister verstärkt zu drängen ist.

Ein düsteres Kapitel ist ferner die Warenkennzeichnung. Hier will die Bundesregierung unter der "Androhung" eines entsprechenden Gesetzes die Industrie auf freiwillige Verbesserungen im Sinne der RAL-Testate drängen.

Unterstützung verdient die Bundesregierung bei ihrer Absicht, Verbraucherpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft verstärkt zu betreiben. Verbrauchervertreter sollen in den Wirtschafts- und Sozialausschuß aufgenommen, der Zusammenschluß der Verbraucherverbände auf europäischer Ebene soll gefördert werden.

Die Bundesregierung ist sich gewiß klar darüber, daß alle Verbraucherorganisationen darüber wachen werden, wie schnell und wie gut die verbraucherpolitischen Absichten des Kabinetts verwirklicht werden. Auch die Öffentlichkeit wird zunehmend kritischer auf diesem Gebiet, von den unterstützungswilligen Medien gar nicht zu reden. Fazit: Auch selbst gegebene Versprechen verpflichten.

(-/6.9.1973/ks/ee)

### Chancengleichheit für Leistungssportler

Nachteile im Berufsweg müssen vermieden werden

Von Dr. Willfried Fenner MdB

Mitglied im Sportausschuß des Deutschen Bundestages

Für die olympischen Spiele in München sind Milliarden aufgewendet worden. Führende Repräsentanten fast aller gesellschaftlich bedeutenden Organisationen haben zum Gelingen des großen Spektakels beigetragen. Es gab kaum Politiker, die sich nicht in olympischer Hochstimmung sportlichen Problemen zugewendet hätten.

Die große Sport-Show ist seit einem Jahr Geschichte. Die Siegerlisten lagern in den Archiven. Von den verblässenden Erinnerungen sind wahrscheinlich nur der strahlende US-Schwimmstar Mark Spitz und die koboldartige Olga Korbut aus der UdSSR für einige Zeit herausgehoben. Es zeigt sich, daß die Hochstimmung für den Sport nicht von großer Dauer war. Der Alltag ist eingeleert: Von einem allgemeinen "Sport-Boom" ist nicht mehr viel zu spüren.

Die Frage, ob der Sport in unserer Gesellschaft einen festen Standort hat, stellt sich darum mit großer Dringlichkeit. Zwar wird allgemein gefordert, daß Breitensport, Leistungs- und Hochleistungssport einen bedeutenden Stellenwert im Freizeitbereich erhalten, andererseits müssen gerade Hochleistungssportler Nachteile in Kauf nehmen, wenn sie dem Wunsch der Öffentlichkeit nach sportlichen Leistungen nachkommen.

Die gesamte Nation nimmt großen Anteil an ihren Erfolgen. Sie sieht jedoch zu, wenn Hochleistungssportler in außersportlichen Bereichen Probleme haben. Das ist zum Beispiel der konkrete Fall der Wuppertaler Schwimmerin Jutta Weber, die in München eine Bronze-Medaille gewann und dafür mit dem silbernen Lorbeerblatt ausgezeichnet wurde. Der Durchschnitt ihres Abiturzeugnisses beträgt 2,5. Die Lehrer bescheinigen ihr, daß sie einen besseren Durchschnitt hätte erreichen können, wenn nicht das Training sie sehr stark in Anspruch genommen hätte. Jutta Weber hat nun Schwierigkeiten, den von ihr angestrebten Studienplatz zu erhalten.

Gerade die Konkurrenzsituation mit den Staaten, die eine andere gesellschaftliche Grundordnung besitzen, und insbesondere die Konkurrenz mit der DDR zwingt die Bundesrepublik zur angemessenen Förderung der Spitzensportler. Dabei kann der Berufssportler, der Nur-Profi, keineswegs das angestrebte Ziel sein. Hauptschwerpunkt der Förderung muß die berufliche Weiterbildung sein. Sport und Beruf sollten in Einklang gebracht werden. Nach-

dem die Bundesrepublik Milliarden für die Durchführung der sportlichen Wettkämpfe aufgewendet hat, müssen auch Mittel und Wege gefunden werden, um den Spitzensportlern berufliche Chancengleichheit zu sichern. Wer den Hochleistungssport der Amateure bejaht, muß diese Konsequenzen ziehen.

Es gibt genügend Beispiele für freiwillige und private Initiativen, Spitzensportler auch in beruflicher Hinsicht zu fördern. Es genügt jedoch nicht, daß sogenannte "Freundeskreise" Fonds anlegen, um finanzielle Nachteile der Amateure auszugleichen. Nicht alle Probleme sind mit Geld zu beseitigen. Wer dem Spitzensportler einen vollwertigen Platz in unserer Gesellschaft zuweisen will, darf sich nicht alleine mit der finanziellen Unterstützung zufriedengeben.

Das Beispiel Jutta Webers oder auch des Wuppertaler Kanusportlers Röse, der für einen internationalen Wettkampf in Finnland von seinem öffentlichen Arbeitgeber keine großzügige Beurlaubung erhielt - er mußte seine Ferientage dafür opfern -, zeigen einen gefährlichen Trend auf: Einerseits wünscht die Gesellschaft die sportliche Betätigung, insbesondere die Spitzenleistung, andererseits ist sie nicht bereit, den Amateursportler genügend zu unterstützen. Die Diskriminierung eines Sportlers hinzunehmen mit dem Hinweis, er müsse ja nicht unbedingt Sport treiben, bedeutet zugleich den Verzicht darauf, für den Sport einen angemessenen Stellenwert zu fordern.

Wer für die Spitzensportler das Wort ergreift, will ihnen nicht unbillige Vorteile verschaffen, sondern - wie die hier angesprochenen Fälle zeigen - Nachteile beseitigen und ihnen besonders im Bereich der beruflichen Weiterbildung Chancengleichheit zu sichern. Dies ist unbedingt nötig in einem Staat, der sich eben nicht den hauptberuflich als Sportler tätigen Menschen zum erstrebenswerten Ziel gesetzt hat. Nach Abschluß seiner sportlichen Karriere muß der Spitzensportler beruflich integriert sein.

(-/6.9.1973/wt/ee)